Stuttgarter Zeitung, 17. September 2011, Nr. 216/S. 23

Bürger: Stadt soll mehr Geld für Kinder ausgeben

Umfrage 85 Prozent der Menschen leben gerne in Stuttgart – auch wenn es punktuell Klagen gibt. Hohe Mieten und der zunehmende Verkehr werden als Manko empfunden. *Von Thomas Borgmann*

Der Bürgermeister Martin Schairer (CDU) redet nicht lange um den heißen Brei herum: „Unsere Bürgerumfrage, die wir seit 1995 alle zwei Jahre anstellen, ist repräsentativ – das kann man vom sogenannten Bürgerhaushalt über das Internet wirklich nicht sagen." Ein Seitenhieb ist das gegen den Gemeinderat, der auf Antrag der SPD-Fraktion vor einem Jahr beschlossen hatte, bei der Aufstellung des städtischen Etats für 2012/2013 erstmals das Experiment einer Volksbeteiligung via Internet zu wagen – was im Blick auf die Ergebnisse dem Zufall Tür und Tor öffnet. Die traditionelle Bürgerumfrage hingegen basiere auf einem wissenschaftlichen Prinzip, so Schairer: 8600 Bürger über 18 Jahre, die in Stuttgart ihren ersten Wohnsitz haben, wurden im Frühjahr angeschrieben, „die Hälfte hat mitgemacht, so viele wie noch nie". Deshalb messe er den Resultaten eine höhere Bedeutung bei als dem Bürgerhaushalt. Die Umfrage zeichne, so Schairer, „ein differenziertes, in sich stimmiges Ergebnis".

> „Unsere Umfrage ist repräsentativ – das kann man vom Bürgerhaushalt nicht sagen."
>
> Martin Schairer, Bürgermeister

Lebensqualität Seit es diese Form der Bürgerumfrage gibt, erklären mehr als achtzig Prozent der Befragten, dass sie gerne in Stuttgart leben, 2011 waren es 85 Prozent. Nur fünf Prozent gaben an, „lieber im Umland zu wohnen", nur sieben Prozent würden „lieber woanders in Deutschland wohnen". Die Lebensqualität in der Landeshauptstadt schätzen zwanzig Prozent als „sehr gut" ein, 65 Prozent als „gut" und 14 Prozent als „mittel" – nur ein Prozent der Befragten urteilte mit „schlecht". Dazu Martin Schairer: „Wir verzeichnen in Sachen Lebensqualität 2011 einen leichten Rückgang bei der Beurteilung der Lebensqualität, müssen dabei aber bedenken, dass ein Wohlfühlfaktor von über achtzig Prozent ein extrem hoher Wert ist."

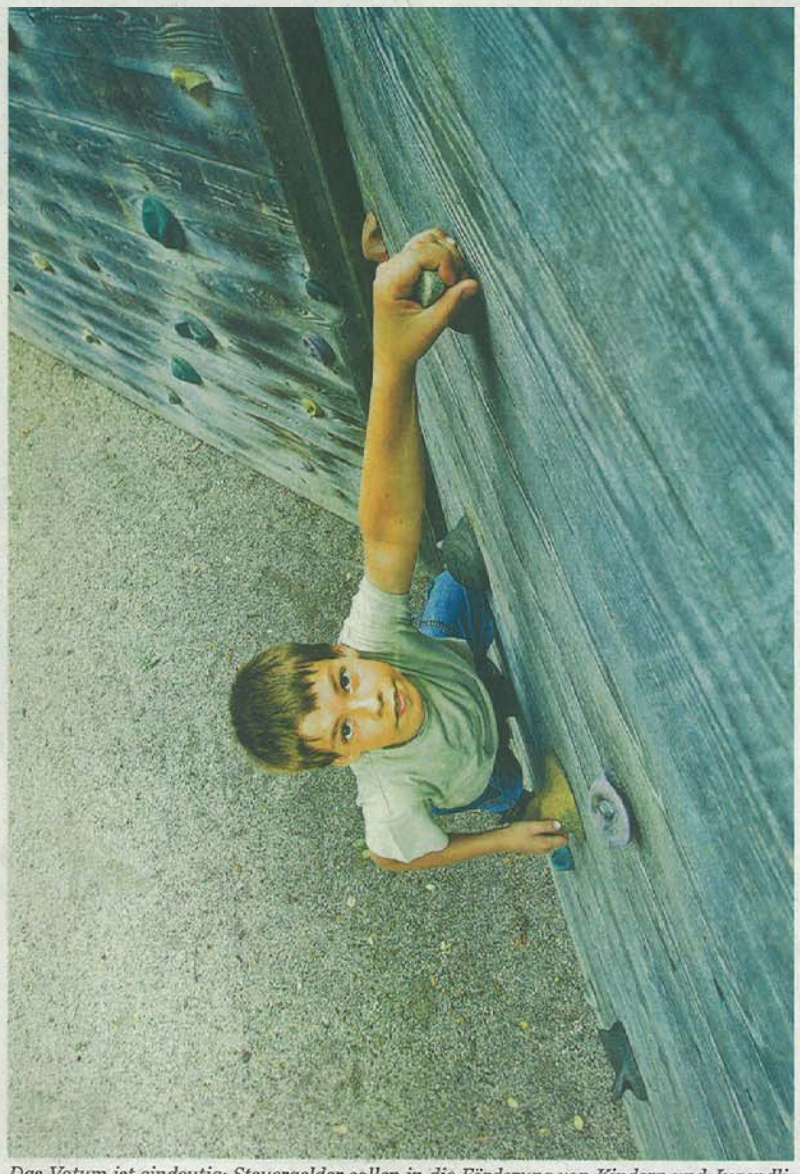
Positives Was schätzen die Bürger in Stuttgart am meisten? Die „Hitparade" der Zufriedenheit wird angeführt von den Einkaufsmöglichkeiten, mit denen 87 Prozent „zufrieden" oder sogar „sehr zufrieden" sind. Danach folgen die öffentlichen Verkehrsmittel, die ärztliche Versorgung und die Krankenhäuser, das kulturelle Angebot sowie die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten. 25 verschiedene Bereiche standen den Bürgern dabei zur Auswahl.

Image Nahezu unverändert schätzen die Bürger die Eigenschaften und den Ruf ihrer Stadt ein. Sie sehen Stuttgart als Automobilstadt, die wirtschaftskräftig, lebenswert, gastlich und sicher ist. Außerdem gilt Stuttgart bei seinen Einwohnern als starker Messestandort und als Kulturstadt. Die Werte für die Sportstadt sind seit den Umfragen von 2007 und 2009 leicht gesunken.

Probleme Trotz einer positiven Grundstimmung, von der die Umfrage über die Jahre hinweg gekennzeichnet ist, nutzen die Bürger den Fragebogen der Stadt immer intensiv auch dazu, das anzukreuzen, was ihnen missfällt und was sie möglichst geändert sehen möchten. 27 verschiedene Problemfelder waren vorgegeben. Laut Schairer hat „jeder Befragte, statistisch betrachtet, im Durchschnitt 6,5 Probleme benannt". Die Rangfolge habe sich in den vergangenen zwei Jahren nicht geändert: „Zu hohe Mieten nennen 61 Prozent, zu wenig Parkmöglichkeiten in der Innenstadt 57 Prozent, und 55 Prozent klagen über zu viel Straßenverkehr", so der Bürgermeister. Danach folgten Stichworte wie zu hohe kommunale Steuern, Gebühren und Abgaben, das mangelnde Wohnungsangebot sowie die angespannte Finanzlage der Stadt. Martin Schairer sagt: „Die Kritik an zu wenig Parkmöglichkeiten in der Innenstadt ist nicht neu – Tatsache bleibt aber auch, dass wir nach wie vor Tausende von Stellplätzen in Parkhäusern haben." Zum Thema öffentliche Sicherheit sagt der Ordnungsbürgermeister: „Sie wird deutlich besser beurteilt als früher, das zeigt mir, dass wir auf dem richtigen Wege sind."

Stadtetat In wenigen Wochen beginnen die Beratungen über den Doppelhaushalt der kommenden zwei Jahre. Dazu geben die Bürger den Kommunalpolitikern eine klare Liste von Wünschen mit auf den Weg. Auf die Frage, wofür die Stadt künftig mehr Geld ausgeben sollte als bisher, steht der Ausbau von Kindergärten und Tagheimen klar an der Spitze – gefolgt von Schulen und Berufsschulen sowie der Straßenunterhaltung (siehe die Tabelle). Eher Geld einsparen sollten die Stadträte – so der Bürgerwille – etwa beim Bau neuer Straßen oder beim Bau von Begegnungsstätten. Weit überwiegend aber plädieren die Bürger dafür, die Ausgaben unverändert zu lassen.

// **Alle Ergebnisse der Bürgerumfrage unter** http://stzlinx.de/buergerumfrage



Das Votum ist eindeutig: Steuergelder sollen in die Förderung von Kindern und Jugendlichen fließen – damit diese hoch hinauskommen. Foto: factum/Weise

DIE STADT UND DIE MEINUNGEN DER BÜRGER

Historie Seit 1995 macht das Statistische Amt der Stadt Stuttgart alle zwei Jahre eine Bürgerumfrage. Sie gilt als repräsentativ, weil die Beteiligung hoch ist; außerdem bleibt die Struktur des Fragenkatalogs unverändert, so dass sich über einen längeren Zeitraum klare Trends erkennen lassen. 2011 hat die Stadt genau 8636 Fragebogen verschickt, 4304 kamen zurück – das entspricht knapp 50 Prozent. Fazit: so hoch war die Beteiligung noch nie.

Ergebnisse Das umfangreiche Material zur Bürgerumfrage 2011 mit Tabellen und Erläuterungen gibt es im Internet unter www.stuttgart.de. Die Resultate speziell zu Stuttgart 21 sind bereits Ende Juli veröffentlicht worden und ebenfalls dort nachzulesen. Wie berichtet, war darin ein deutlicher Meinungsumschwung zum Ausdruck gekommen – wonach Stuttgart 21 inzwischen mehrheitlich positiv gesehen wird.

Stadtetat Die Beratungen zum Doppelhaushalt 2012/13 beginnen am 6. Oktober mit der sogenannten Einbringung durch den Stadtkämmerer Michael Föll. Am 20. Oktober folgt die allgemeine Aussprache, beides in öffentlicher Ratssitzung. Am 15. und 16. Dezember wird der Stadtetat, der ein Volumen von mehr als vier Milliarden Euro besitzt, in wiederum öffentlichen Sitzungen verabschiedet. *tom*

Wofür die Stuttgarter mehr Geld ausgeben wollen: die Top 25

Die Stadt sollte … Aufgabe	… mehr Geld ausgeben	… mehr Geld einsparen	… die Ausgaben unverändert lassen
Kindergärten und Kindertagheime	70	2	28
Allgemeinbildende Schulen und Berufschulen	68	2	30
Zustand der Straßen	58	6	35
Bekämpfung der Jugendkriminalität	51	3	46
Altengerechtes Wohnen	49	6	45
Wohnungsbau	45	10	45
Barrierefreie Wege/Zugänge für Rollstuhlfahrer	45	5	51
Ambulante Pflege- und Sozialdienste	45	4	51
Spielmöglichkeiten für Kinder/Spielplätze	43	4	53
Alten- und Pflegeheime	43	5	52
Videoüberwachung in der Stadtbahn	43	19	39
Krankenhäuser	42	4	54
Ausbau des Fahrradwegnetzes	40	24	36
Schutz vor Kriminalität/öffentliche Sicherheit	40	4	56
Gesundheitsförderung	37	8	56
Umweltschutz	36	6	58
Sprachförderung für ausländische Mitbürger	34	17	48
Drogenbekämpfung	33	9	58
Treffpunkte für die Jugend	32	6	61
Schwimmbäder/Sportanlagen	31	8	61
Sauberkeit der Stadt	30	4	66
Ausbau des Straßennetzes (Straßenneubau)	29	29	42
Öffentliche Verkehrsmittel	28	5	66
Integration ausländischer Mitbürger	26	20	55
Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten	25	22	53

4304 Teilnehmer, Angaben in Prozent, ohne Befragte in der Kategorie keine Angaben. Quelle: Bürgerumfrage 2011

Kommentar

Wünsche und Wirklichkeit

Kommunalpolitik Die Bürger sind klüger, als so mancher im Rathaus glauben mag. *Von Thomas Borgmann*

Martin Schairer, der Bürgermeister für Sicherheit und Ordnung, zählt eher zu den Stillen auf der Chefetage des Stuttgarter Rathauses. Der Christdemokrat, in dessen Ressort auch das Statistische Amt gehört, schätzt die kommunale Sacharbeit mehr als das politische Säbelrasseln – umso bemerkenswerter sind die deutlichen Worte, die er gestern gleichermaßen an den Gemeinderat und die Stadtverwaltung gerichtet hat: „Ich finde, wir sollten selbstbewusster sein!" Damit meint er dies: Stuttgart steht, alles in allem, besser da als die meisten vergleichbaren Großstädte. Deshalb ist eine klare Kommunalpolitik, die sich an Fakten orientiert, wichtiger als eine, die immer wieder vermeintlichen Stimmungen in der Bürgerschaft folgt. Und: es ist riskant, den Menschen nach dem Mund zu reden, denn sie sind klüger, als das manch einer im Rathaus denkt.

Martin Schairer hat recht. Die Ergebnisse der neunten Bürgerumfrage, die das Statistische Amt jetzt vorgelegt hat, bestätigen seine Thesen eindrucksvoll. Stuttgarts Bürger mögen ihre Stadt, schätzen ihre Vorzüge – sie wissen aber auch genau, wo ihre Schwachpunkte liegen: Die Mieten sind zu hoch, das Wohnungsangebot ist zu knapp! Der Fingerzeig der Menschen an das Stadtparlament lautet also Wohnungsbau. Kein Wunder in einer Großstadt, in der der soziale Wohnungsbau schon vor Jahren praktisch zum Erliegen gekommen ist.

Wenn man bedenkt, dass beim sogenannten Bürgerhaushalt über das Internet, den die Stadt 2011 erstmals möglich gemacht hat, der Ausbau des alten Freibädles in Sillenbuch mit Abstand den ersten Rang eingenommen hat, dann versteht man Schairers unverblümte Kritik an dieser nur scheinbar so progressiven Art der Volksbeteiligung. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: die traditionelle und im wissenschaftlichen Sinn repräsentative Bürgerumfrage, die es seit Mitte der Neunziger alle zwei Jahre gibt, ist grundsolide – das Votum über das Internet, das Gruppeninteressen Tür und Tor öffnet, fällt dahinter weit zurück. Stuttgart sollte dem Beispiel vieler anderer Kommunen folgen und das Geld für den wenig seriösen Bürgerhaushalt künftig sparen.

Apropos Haushalt. Anfang Oktober geht der Sitzungsmarathon für den Doppeletat 2012/13 los. Dann müssen der Oberbürgermeister und die sechzig Ratsmitglieder die vielen verschiedenen Wünsche der Bürger abwägen gegen die realen finanziellen Möglichkeiten. Der Gemeinderat allein entscheidet über die Milliardensummen, er allein trägt die politische Verantwortung dafür, wie es in Stuttgart weitergeht. Die Bürger haben Hinweise gegeben: Die einen beklagen die mangelhafte Sauberkeit der Stadt, andere kritisieren den Zustand vieler Straßen, wieder andere wollen mehr Radwege, einige sind übrigens *gegen* mehr Radwege. So oft die Politik die Bürger befragen mag: allen recht machen kann sie es nicht. Deshalb braucht es auf dem Rathaus vor allem eines – den Mut zu entscheiden.